PwC-Studie

Bildung steht hoch im Kurs

[25.06.2021] PricewaterhouseCoopers (PwC) hat junge Wählerinnen und Wähler zum Thema Bildung befragt. Die Ergebnisse der Studie liegen nun vor. Drei Handlungsempfehlungen an die Politik lassen sich ableiten.

Die Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) hat junge Wählerinnen und Wähler zum Thema Bildung befragt. Die zwei Befragungen erfolgten im Sommer 2020 und im Januar 2021 mit Blick auf das Superwahljahr 2021. Wie PwC mitteilt, leitet es aus den Befragungsergebnissen drei Handlungsempfehlungen für die Politik ab. Die Ergebnisse und Empfehlungen der Studie sind jetzt in einer Publikation mit dem Titel „Wir müssen reden! Über Bildung“ erschienen.
PwC hat demnach 16- bis 35-jährige deutsche Staatsbürger unter anderem danach gefragt, über welche Themen sie sich regelmäßig informieren. 45 Prozent von ihnen nannten „Schule, Ausbildung, Hochschule und Bildung insgesamt“ – das am zweithäufigsten genannte Thema nach „Umwelt und Klima“ (52 Prozent) und vor „Gesundheit“ (42 Prozent).
„Bildung ist nach wie vor zentral für junge Wählerinnen und Wähler, sicherlich auch, weil die ernüchternden Defizite der Digitalisierung in der Corona-Krise offensichtlich geworden sind. Ein weiteres Jahr auf bildungspolitischer Sparflamme können wir uns nicht leisten“, sagt Professor Rainer Bernat, Leiter des Bereichs Öffentlicher Sektor bei PwC. Wolfgang Zink, Partner im Bereich Öffentlicher Sektor bei PwC Deutschland, ergänzt: „Wir können heute die Landung von Marssonden digital und in Echtzeit erleben, Schulunterricht aber vielfach nicht – diesen Missstand gilt es dringend zu beheben.“

Wunsch nach mehr Einheitlichkeit

Nach ihren konkreten Interessen bei Bildung und Weiterbildung befragt, nannten 78 Prozent der jungen Menschen „bessere Angebote zur beruflichen Orientierung in Schule und Hochschule“, 76 Prozent „bestmögliche Schulbildungs-, Berufsausbildungs- und nebenberufliche Fortbildungsmöglichkeiten“ und 75 Prozent „mehr digitale Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten“. 72 Prozent befürworten sogar, dass „der Bund deutschlandweit die Bildung und deren Digitalisierung vorantreibt und vereinheitlicht“ – dass also die Bundesländer bestimmte Befugnisse an den Bund übertragen. „Das Verständnis, dass es in jedem Bundesland eigene Regeln zur Bildung und insbesondere zu ihrer Digitalisierung gibt, hat während der Pandemie stark gelitten“, kommentiert Zink.

Drei Handlungsempfehlungen für die Politik

Ausgehend von den Befragungsergebnissen haben die PwC-Experten drei Handlungsempfehlungen für die Politik entwickelt, mit dem Ziel, die Digitalisierung des Bildungsangebots in Deutschland voranzutreiben.
Demnach brauche es erstens eine ganzheitliche Zukunftsstrategie für das deutsche Bildungssystem statt einzelner Digitalisierungsmaßnahmen. Der Bund solle nicht nur als Impulsgeber und Förderinstanz auftreten, sondern im Zuge einer neuen Föderalismus-Kommission Basiskomponenten und Lehr- sowie Lernangebote zur Verfügung stellen können. In Abstimmung mit der Kultusministerkonferenz sollte, so die Experten, ein ständig weiterzuentwickelndes Rahmenkonzept für Mindestanforderungen an digitale Ausstattung, Angebot und Kompetenzen entwickelt werden.
Zweitens müsse die Politik die Digitalisierung im Bildungssektor auch nach der Corona-Pandemie weiter

vorantreiben. Nach wie vor gebe es nicht an allen Schulen digitale Lern-Software und Plattformen. „Es kann nicht sein, dass es vom individuellen Engagement der Lehrkräfte abhängt, ob Online-Unterricht gelingt oder nicht“, erklärt Zink. Digitale Angebote blieben wichtig, weil sie helfen können, soziale Ungleichheit bei der Bildung abzubauen, etwas mit Online-Förderangeboten oder dem Erwerb von Digitalkompetenzen. Auch Investitionen des Digitalpakts oder Sofortprogramme müssten verlängern werden, da Endgeräte schon nach wenigen Jahren veralten.
Drittens schließlich sei es politische Pflicht, Bildungsangebote gleichberechtigt zugänglich zu machen. Bernat sagt: „Die Coronakrise hat einmal mehr offenbart, dass junge Menschen aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationsgeschichte am stärksten benachteiligt sind. Das können wir, auch aus volkswirtschaftlicher Sicht, nicht länger hinnehmen.“

(th)

Stichwörter: Panorama, PricewaterhouseCoopers, Bildung, Studie